



Rede des Bürgermeisters Peter Todeskino zur Einbringung des Haushalts 2014

Haushalt mit Weitblick – Investition in die Zukunft



Herr Stadtpräsident,
meine sehr verehrten Damen und Herren

I.

nun stehe ich zum zweiten Male als Dienststellenleiter auf Zeit in Verantwortung und darf zum ersten Male eine Haushaltsrede halten. Die Gründe dafür sind bekannt:

1. Steuerfall, Personal und Verwaltung

Im vergangenen Jahr ist unser Oberbürgermeister Ministerpräsident geworden – und dann das!

Wir alle mussten in den Monaten vor dem **Rücktritt unserer Oberbürgermeisterin** miterleben, wie eine heftige Auseinandersetzung um einen Kieler Steuerfall bundesweite Aufmerksamkeit erlangte und nicht nur die unmittelbar beteiligten Akteure, sondern die ganze Stadtverwaltung in Mitleidenschaft zog.

Als Ratsmitglieder wissen Sie aber genau, dass die kommunalen Aufgaben und Verantwortlichkeiten von der Verwaltung vielfältiger und qualifizierter wahrgenommen werden, als uns das in den vergangenen Monaten so mancher Bericht in den Medien Glauben machen wollte. Stadtverwaltung ist vielschichtig. Hier arbeiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit den unterschiedlichsten Qualifikationen, um Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt täglich auf hohem Niveau engagiert zu erledigen.

Aus jahrelanger Erfahrung weiß ich sehr gut, dass **unsere Stadtverwaltung** nicht nur die größte, sondern auch eine der besten in Schleswig-Holstein ist. Wir – und wenn ich „wir“ sage, meine ich alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – machen gute Verwaltungsarbeit und erbringen hervorragende Dienstleistungen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Personal ist das Kapital der Landeshauptstadt. Im Zeichen des demografischen Wandels und des schon deutlich erkennbaren Fachkräftemangels müssen wir uns bewegen. Es gilt nicht nur, gute Leute zu finden, sondern auch unsere eigenen Leute zu halten. Als Arbeitgeberin müssen wir attraktive Arbeitsplätze bieten. Das bedeutet auch den Schutz vor Überbelastung und Burn-Out durch zunehmende Arbeitsverdichtung. Daher sind die neuen Stellen im **Stellenplan des Haushaltsentwurfs 2014** nicht nur fachlich, sondern auch aus Sicht des Arbeitsschutzes geboten.

Ich persönlich betrachte es als Ehre, Teil dieser Verwaltung zu sein. Deshalb war es mir nach dem Rücktritt der Oberbürgermeisterin sofort ein Anliegen, den Kolleginnen und Kollegen aufzuzeigen, dass dort, wo viel gearbeitet wird – wie bei uns in der Stadtverwaltung – selbstverständlich auch Fehler passieren. Und dies muss dann kein dramatisches Unglück sein, wenn mit Fehlern ehrlich und konstruktiv umgegangen



gen wird. Wenn ich Rückäußerungen aus der Politik nicht ganz falsch verstanden habe, so glaube ich, dies auch in Ihrem Namen gesagt haben zu dürfen.

Sehr geehrte Damen und Herren, helfen Sie bitte, den **guten Ruf unserer Stadtverwaltung** wieder in den Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung zu rücken. Die Politik kann dazu ein gutes Stück beitragen, vielleicht sogar schon in der heutigen Debatte. In diesem Sinne muss nun die Sacharbeit wieder in den Vordergrund rücken. Denn die Arbeit in hochkomplexen Rechtsfragen, bei großen sozialen Herausforderungen, bei anspruchsvollen gestalterischen Aufgaben und bei wachsenden Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ist jeden Tag aufs Neue zu erledigen. Stimmen Sie bitte dem vorgelegten Personalhaushalt zu.

Ich werde als Interim alles daran setzen, dass wir die Lehren aus diesem Steuerfall ziehen, die Fehlerquellen entdecken und abstellen. So habe ich den Steuerfall gänzlich neu bewertet und aufgerollt und den Steuerschuldner in die Pflicht genommen. Es sollte doch in beiderseitigem Interesse liegen, eine ehrenhafte, vor allem schnelle Lösung zu finden.

Ja in der Tat: Mir geht es auch um die Wiederherstellung unserer bundesweit beschädigten Kieler Verwaltungsehre. Soweit in der Presse über kaputte Flugzeuge, geleaste Limousinen oder halbe Bauruinen auf Sylt zu lesen war, so kann dies auch mit Respekt vor allen anderen Steuerzahlern nicht Maß der Dinge sein. **Steuergerechtigkeit** muss sein.

II.

Nun befinden wir uns aber erst einmal wieder in einer **Übergangssituation**. Mehr als im vergangenen Jahr werde ich versuchen, nicht nur möglichst fehlerfrei und verantwortlich zu verwalten, sondern gemeinsam mit der Politik in der Zeit bis zur Nachfolge der Oberbürgermeisterin keinen Stillstand zuzulassen. Ich halte es daher für richtig, die im Finanzausschuss vertagten Punkte auf die Tagesordnung der heutigen Ratssitzung setzen zu lassen, um die Arbeit der Stadtverwaltung nicht durch Vertagung der finanziellen Basis der Verwaltung zu gefährden. Diejenigen, die das kritisieren, verwechseln Ross und Reiter. Vertagung ist das Gegenteil von Gestaltung. Zu schwergewichtig, vor allem finanziell komplex sind aktuell anstehende Entscheidungen mit Weichenstellungen für die Zukunft; und das gilt nicht nur in dem mir eigentlich übertragenen Ressort.

2. Neubau Kraftwerk

So braucht Kiel ein neues **Heizkraftwerk** um die Versorgung mit **Fernwärme** sicherzustellen und den Kurs für die ehrgeizigen Klimaziele zu halten. Nach den derzeitigen Überlegungen wird allein dieses Projekt sicherlich mehr als 200 Mio. Euro verschlingen. Die Finanzierung wird ein Kraftakt für unseren Eigenbetrieb Beteiligungen bedeuten. Umso wichtiger wird es sein, den Haushalt der Stadt und die Finanzströme unserer Unternehmen und Beteiligungen zu synchronisieren. Der Haushalt 2014 gibt einen ersten Fingerzeig darauf, dass wir uns im Bezug auf unsere Stadtwerke mit dem Gegenteil von Gewinnausschüttung weiter vertraut machen müssen. Ich habe



die Verwaltung gebeten, mir hierzu einen Vorschlag zu unterbreiten, so dass wir im nächsten Jahr die Fragestellungen gemeinsam diskutieren können.

Ein mit Kohle- oder Atomstrom betriebener Tauchsieder zur Produktion unserer lokalen Fernwärme wäre mit mir als Umweltdezernent dieser Stadt und sicher auch mit Ihnen nicht zu machen. Die Aufregung um die Veröffentlichung dieses Plans in den Kieler Nachrichten vor drei Wochen kann ich gut nachvollziehen. Mit einem Elektrodenheizkessel würden wir der lokalen Verantwortung für eine nachhaltige Klimaentwicklung nicht gerecht und würden unsere eigenen ehrgeizigen Klimaziele in Frage stellen.

3. Klimaschutz

Meine volle Unterstützung haben Sie ohnehin, das **Kieler Klimaschutzkonzept** konsequent umzusetzen: In Kiel entsteht gerade ein neues **Wasserkraftwerk in der Schwentine**, ein **Windkraftvorranggebiet** in Meimersdorf; wir investieren in den **Umweltverbund** mit dem **Ausbau unseres Rad- und Fußwegesystems** oder mit dem **Rückkauf unseres Busunternehmens** oder mit der Realisierung der **Stadtregionalbahn** durch die im Haushalt 2014 ff. dafür veranschlagten Planungskosten.

Gerade die Stadtregionalbahn ist für mich eine Investition in die Zukunft, nicht nur klimapolitisch. Warum zum Beispiel bei der IHK zu Kiel das Wort **kommunale Industriepolitik** nicht verfährt, ist mir gerade im vitalen Interesse unserer Kieler Firmen unklar. Ich freue mich schon auf Ihre Ausführungen zur SRB. Ich erlaube mir als Input, meine jüngsten Eindrücke über die Straßenbahn in unserer Partnerstadt Brest zu schildern. Von Brest können wir eine Menge lernen: Während in Kiel Gegner der SRB abwertende Namen für das Zukunftsprojekt in Kiel erfinden und permanent auf der Finanzleier herumzupfen, freuen sich die Brester über eine schnelle Realisierung ihrer Tram innerhalb von drei Jahren, über gut ausgelastete Züge und über ein Stadtentwicklungsprojekt zur Revitalisierung ganzer Stadtteile. Mich macht die hiesige Diskussion zunehmend traurig. Diese merkwürdige Mutlosigkeit, innovative und nachhaltige, wenn auch teurere Projekte konsequent und schnell durchzuziehen. Das Konjunkturpaket hat uns doch gezeigt, dass sich öffentliche Infrastrukturausgaben lohnen. Damit sind die deutschen Unternehmen und das Gemeinwesen besser durch die 2008er-Krise gekommen als andere in Europa. Warum wollen wir 85 Prozent der Investitionsförderung des Bundes und des Landes liegenlassen?

Ich habe den Eindruck, dass die Brester immer ein wenig verschmitzt schmunzeln, wenn sie uns ihre gleichzeitigen Investitionsprojekte vorstellen: Während wir nach 15 Jahren Diskussionsvorlauf über Planungskosten der SRB und vorbeugend über Bürgerentscheide ohne konkretisierende Planungen rasonieren, denkt Brest über den Ausbau der gerade fertiggestellten Tram nach, baut im gleichem Atemzug eine 18,5 Millionen Euro teure Seilbahn zur Erschließung eines militärischen Konversionsbereichs und präsentiert stolz den Rohbau einer 4.500 Besucher umfassenden städtischen Veranstaltungshalle und die jüngst fertiggestellte Empfangshalle ihres Flughafens. Was in Frankreich geht, muss doch in Deutschland und Kiel möglich sein.

Klimaschutz hat viele Facetten: Anfang des Jahres werde ich Ihnen das unter Beteiligung der großen Umweltverbände und der Bürgerinitiative „Vieburger Gehölz“ erar-



beitete **Kieler Waldkonzept** vorlegen, das nicht nur die Grünversorgung in Naturwäldern für die Kielerinnen und Kieler stadtnah sichert, sondern auch eine – zumindest ideelle – CO₂-Senke bilden soll. Die **Waldbewirtschaftung** wird auch in der Einnahme angemessen zurückgefahren. Der Naturwald in Kiel soll vergrößert werden.

Mit Klimaschutzaktivitäten den Energiebedarf unserer eigenen Liegenschaften kassenwirksam zu senken, ist weiterhin das ehrgeizige Ziel unseres neuen, im Aufbau befindlichen **Energiemanagementsystems**. Damit sparen wir bei notwendigen Anfangsinvestitionen langfristig viel Geld und planen, sanieren und unterhalten Gebäude unter ganzheitlicher Betrachtung vom Bau bis zum rechnerischen Ende eines Bauwerks.

Daher ist auch hier eine konsequente **ökologische Beschaffung** am Ende nicht nur nachhaltig, sondern finanziell lohnenswert. Im Hinblick auf das Energiemanagement bin ich glücklich, eine **Kompensationsregelung für energieintensive Nutzungsausweitungen** durchgesetzt zu haben. Eine erste Solaranlage zur Kompensation auf der Schule Am Heidenberger Teich wurde in dieser Woche eingeweiht. Weiter so.

4. Konversion des MFG5-Geländes

Ein persönliches Anliegen ist mir auch die nunmehr zügige Entwicklung des MFG-5-Geländes im Norden unserer Stadt. Da steckt viel Musik drin. Bedauerlicherweise haben wir fast fünf Jahre durch Unentschlossenheiten verloren: Überlegungen für einen großflächigen Containerhafen, Bauhafen oder eine monostrukturierte Windkraftproduktionsfläche haben sich eher als Bremsklötze für eine passgenaue Kieler Entwicklung zur räumlichen Bedarfsdeckung erwiesen. 85 Hektar Fläche mit einer einzigartigen Lagegunst am Wasser bieten demgegenüber die unglaubliche Chance, Wohn- und Gewerbeflächenbedarfe zukunfts- und bedarfsgerecht für die nächsten Jahre zu decken. Insbesondere der Weg in eine Zusammenarbeit der Umlandgemeinden für eine gemeinsame Landeswassergartenschau ist sehr spannend. Um das Gelände aber flott zu kriegen, benötigen wir ebenfalls sehr hohe Investitionssummen. Denn die Bundeswehr hat alle Infrastruktureinrichtungen wie Wasser, Strom, Abwasser oder Gas stillgelegt. Auch die äußere und innere Erschließung muss neu hergestellt werden.

Deshalb brauchen wir zur Entlastung künftiger Kieler Haushalte eine **Risiko- und Verantwortungsgemeinschaft** mit dem Bund, dem Land Schleswig-Holstein, der Stadt, Banken und mit privaten Vorhabenträgern in einer Sanierungsgesellschaft. Mit den Überlegungen hierzu sollten wir bereits in der ersten Hälfte des Jahres 2014 starten, um auch diese wichtige Entwicklungsvoraussetzung mit den laufenden bauplanungsrechtlichen Schritten zu synchronisieren. Die neue Berliner Koalition will laut Entwurf ihres Koalitionsvertrages die Abgabe von Konversionsgrundstücken für Gemeinbedarfszwecke finanziell erleichtern. Das ist gut.

Ich bin froh, dass die Bürgerinnen und Bürger im **Bürgerbeteiligungsprozess zum Marinefliegergeschwader** meinem Kurs gefolgt sind, ein von der Politik vor Jahren beschlossenes mischgenutztes Gebiet zu fordern. Arbeiten und Wohnen am Wasser; eine Forderung, die jetzt in Erfüllung gehen kann. Auf Basis des jüngsten Ratsbe-



schlusses denkt die Planungsverwaltung den **Airpark Kiel-Holtenau** weiter mit. Gut ist die jetzt von der Ratsversammlung in Auftrag gegebene regionalwirtschaftliche Begutachtung der Landebahn. Jenseits ökologischer Betrachtungsweise, die ich persönlich im Bezug auf den Airpark nicht in dieser Schärfe teile, ist aus meiner persönlichen Sicht knallhart wirtschaftlich zu entscheiden. Wer fliegen oder mit Flugapparaten Geld verdienen will, sollte es zumindest in hiesiger Gemengelage nicht auf Kosten des Kieler Steuerzahlers tun. Auch andere Gewerbegebiete subventionieren wir nicht im Betrieb. Keine Subvention für Privat- und Freizeitflieger!

5. Stadt-Umland-Beziehung, Regionalentwicklung

Mittlerweile sind wir zu einer von gegenseitigem Vertrauen geprägten Zusammenarbeit mit den Förde-Gemeinden gekommen. Die Handreichung der Landeshauptstadt Kiel, auf Augenhöhe **miteinander zu arbeiten** und diese auch **konkret zu leben**, trägt Früchte. Die warmen Worte der Umland-Bürgermeister in Richtung Kiel anlässlich der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zur Umsetzung des **Förderahmenplans** im November machen stolz. Vielleicht führt diese Zusammenarbeit der noch kleinen Schritte doch irgendwann zu einem regionalen Verständnis. Vielleicht denken wir und unsere Nachbarn nicht länger in Kategorien wie Kiel, Strande oder Laboe. Vielleicht denken wir einfach zuerst an: „Wir Förderaner“.

Die Hoffnung ist nicht ganz unbegründet. Denn die Amtsdirektoren der Ämter Dänischenhagen, Dänischer Wohld, Achterwehr, Molfsee, Flintbek, Preetz-Land, Selent-Schlesien, Schrevenborn, und Probstei sowie die amtsfreien Gemeinden Altenholz, Kronshagen, Preetz, Schwentimental und die Landeshauptstadt Kiel werden Anfang des Jahres 2014 die Politik zu einer erweiterten **Fördekonferenz** einladen, um zu diskutieren, ob eine regionale Zusammenarbeit zwischen einem erweiterten Kreis fördenaher Gemeinden möglich ist. Das wird spannend.

Denn wir brauchen die regionale Zusammenarbeit mehr denn je, um im Wettbewerb der Regionen um Unternehmen und um Arbeitskräfte zu bestehen. Daher müssen wir aus meiner Sicht den Schub, der vom Regionalen Entwicklungskonzept ausgeht, unbedingt aufnehmen und weiter tragen. Die beschlossenen Leitprojekte zielen in die richtige Richtung. Kiel mit seiner wirtschaftlichen Leistungs- und Verwaltungskraft als Landeshauptstadt, mit den Hochschulen, mit den exzellenten allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie den vielfältigen Sport- und Kultureinrichtungen kann der Motor einer regiopolen Entwicklung sein, wenn wir die Region auf Augenhöhe und in dem Bewusstsein der Stärken der Partner mitnehmen.

Die Erkenntnis muss sein, dass wir uns gegenseitig brauchen. Es gibt keinen Grund für einen Hochmut der Landeshauptstadt, aber auch längst keinen Grund mehr für das Misstrauen der anderen, Kiel trachte nur nach Vereinnahmung und. Die Absetzbewegungen Richtung Metropolregion verstehe ich daher umso weniger. Wichtig sind die Verflechtungen innerhalb unseres **Planungsraums mit den Nachbarn Rendsburg-Eckernförde, Plön und Neumünster**. Die müssen gelebt werden.

6. Gewerbeflächen, Wirtschaft und Hochschulen



Kiel muss vor allem die Zusammenarbeit mit der Region zur Deckung der Gewerbeflächenbedarfe suchen. In Kiel fehlen räumlich die großen, mittelfristig zu entwickelnden Flächen. Die letzte Reservefläche im Kieler Süden oder das jetzt entwicklungs-fähige MFG5-Gelände werden erst ab dem Jahr 2018 zur Verfügung stehen, wenn alles gut läuft. Kiel und die Region müssen mehr denn je bereit sein, innerhalb eines regionalen Gewerbeflächenpools interkommunale Gewerbegebiete zu organisieren. Das bedeutet „Teilen“. Lokales „Kirchturmdenken“ muss der Vergangenheit angehören. Das gemeinsame Gewerbegebiet in Altenholz zeigt, dass Zusammenarbeit funktioniert.

Wir müssen jetzt endlich in eine strategische Gewerbeflächenentwicklung der Innenpotentiale aus unserem Flächenmanagement-System kommen, das das Baudezernat erarbeitet hat. Das bedeutet die zügige Mobilisierung innerstädtische Brachflächen, nicht zuletzt, weil dort ökologische Zeitbomben als **Altlasten** im Untergrund ruhen. Was nicht liegen bleiben kann, muss endlich raus.

Die Wiedereinbringung von **Gewerbebrachen in den Wirtschaftskreislauf** ist aus meiner Sicht eine dringende Aufgabe der Kieler Wirtschaftsförderung strategisch wie operativ. Ich setze mich ohnehin dafür ein, die **innerstädtischen Gewerbestandorte** zu halten. Für Hully Gully und weitere Discounter dürfen diese Standorte nicht zur Verfügung gestellt werden.

Die Stadt ist wirtschaftspolitisch gut aufgestellt. Mir persönlich gefällt es gut, wenn die Verwaltungsspitze Wirtschaft ressortiert. Die vom neuen Wirtschaftsamt im letzten Wirtschaftsausschuss aufgezeigten Aktivitäten, den Kieler Wirtschaftsraum zu fördern, sind beredt: Industriepolitik, Gründerinitiativen, Entwicklung der Marke Kiel oder Gesundheitswirtschaft, alles ist auf gutem Wege.

Richtig ist die strategische Herangehensweise an Themenfelder aus Wirtschaft, Wissenschaft, regionaler und internationaler Zusammenarbeit. Ganz gleich, wer zukünftig den Bereich Wirtschaft verantworten wird: Die - oder derjenige brauchen eine funktionierende Einheit, um etwas zu bewegen. Das funktioniert derzeit – auch im Verbund mit der Kieler Wirtschaftsförderung – aus meiner Sicht gut.

Ein zentrales Thema ist dabei: Wie empfinden die Unternehmen in Kiel das, was in Sachen Wirtschaft passiert? Welche Impulse wünschen sich die Unternehmen? Das Amt für Wirtschaft hat gemeinsam mit der KiWi eine Umfrage gründlich ausgearbeitet und wird diese nach dem Jahreswechsel auf den Weg bringen. Es gilt grundsätzlich, dass wir und die Kieler Wirtschaftsförderung zukünftig im Bereich der Wirtschaft ein Angebot vorhalten, das sich an den Bedürfnissen der Unternehmen orientiert. Wer nur angebotsorientiert denkt, verliert die Realität schnell aus dem Blick. Darum freue ich mich, dass unser vom Land gefördertes Projekt zur Untersuchung von fünf Standorten hinsichtlich ihres Wertes für die Kreativwirtschaft eine ganz starke partizipative Ausrichtung hat. Das stellt sicher, dass die Bedürfnisse der Kreativen mit einfließen.

Die vom Amt für Wirtschaft begleitete Studie zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung der Hochschulen und der Kreativwirtschaft liefert bereits wichtige Ansatzpunkte. Unter anderem, dass Kiel bundesweit zu beachtende Stärken in den Bereichen Design und IT/Software. Wenn wir den Standort künftig stärker wirtschaftlich voranbringen



wollen, müssen wir stärker in Clustern denken. Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung müssen strategischer ausgerichtet werden. Unser Ansatz, uns international stärker in Netzwerken zu engagieren, wird wichtige Hinweise liefern, wo die zukunfts-trächtigen Branchen liegen und wie wir sie fördern müssen.

Die Bedeutung der Hochschulen für diese Stadt und die gesamte Region sind endlich erkannt worden. Jetzt gilt es für die Stadt, die Potenziale nutzbarer zu machen. Wir müssen gut ausgebildete Menschen stärker in der Region halten. Das preisgekrönte Projekt „Open Campus“ wird dabei helfen. Und wir müssen junge Absolventinnen und Absolventen animieren, sich selbständig zu machen. Gründerinnen und Gründer haben großen Einfluss darauf, wie Kiels Zukunft aussieht. Wir brauchen ein Klima, das Menschen animiert, den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen. Dabei müssen wir sie gemeinsam mit vielen anderen Institutionen aus Wirtschaft, Handwerk und Finanzwesen ertüchtigen, wir müssen sie fit machen. Hochschulen und Wirtschaft müssen enger vernetzt werden, es braucht mehr Plattformen zum Austausch von Wissen, Informationen und Know-how.

7. Möbel Kraft, Kleingartenentwicklung, Grünversorgung

Im nächsten Jahr wird es den ersten Kieler Bürgerentscheid geben. Ich hoffe, dass sich eine deutliche Mehrheit der Kielerinnen und Kieler für die Fortführung der Bauleitplanung Möbel Kraft ausspricht. Hier geht es nicht nur um die Versorgung mit Möbeln oder die ökologisch wichtige Frage: Wie weit muss ich fahren, um die für mich passenden Möbel zu finden? Es geht hier auch um eine Chance, Arbeitsplätze zu schaffen. Arbeitsplätze bieten Menschen neue Lebensperspektiven, sie entlasten öffentliche Haushalte, wenn Menschen dadurch aus dem Bezug sozialer Leistungen – im positiven Sinne – herausfallen. Und es geht auch um die Frage, ob Kiel ein verlässlicher Partner für Investitionsvorhaben ist.

Die Argumente der Ansiedlungsgegner achte ich sehr; wer aber über die angebliche „Macht der Millionäre“ fabuliert, der stellt genau die Kompetenz der Ratsversammlung in Frage, die hier Entscheidungen getroffen hat und in Zukunft hoffentlich noch treffen wird. Ich war sehr dafür, die Inanspruchnahme der Fläche streitig zu diskutieren. Denn nicht das erste Mal geriet die Kleingartenfläche Prüner Schlag in den Fokus für eine bauliche Entwicklung. Ich erinnere: Im Rahmen der Neuordnung der Berufsschulen gab es den Vorschlag alle Berufsschulen dort baulich zu konzentrieren. All das zeigt: Es gibt einen großen Nutzungsdruck auf die Grün- und Kleingartenringe, der durch die wachsende Stadt verstärkt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Kiel verfügt – wie gezeigt – mittelfristig über zu wenig schnell verfügbare Flächen für die weitere Gewerbe- und Wohnbauflächenentwicklung. Wir müssen uns über die regionalen Aspekte hinaus rasch darüber verständigen, wo die **Zukunftsflächen unserer Stadt** liegen und ob zum Beispiel die historischen Kleingartenringe in dieser Dimension noch richtig verortet sind und wie wir die Nutzungskonflikte unter Beachtung einer ausreichenden Grünversorgung der Kielerinnen und Kieler im verdichteten Innenbereich lösen wollen. Solche Diskussionen im Einzelfalle machen begrenzt Freude. Die Diskussion um Möbel Kraft



– aber auch um das Trainingszentrum des THW mit Holstein Kiel in Projensdorf – verdeutlicht diese Gemengelage anschaulich.

Daher war es angesichts fortschreitender Leerstände in vielen Kieler Kleingartenanlagen richtig, ein auch raumorientiertes **Kleingartenentwicklungskonzept** in Auftrag zu geben, um Nutzungsdruck eines wachsenden Kiels perspektivisch zu lösen. Einen ausschließlichen Vorrang anderer Nutzungen vor **Grün- und Kleingartenversorgung** darf es natürlich nicht geben, aber auch kein striktes „Es bleibt, wie es ist“. Ein Verharren wird einer wachsenden Stadt, die dem Grundsatz **Innen- vor Außenentwicklung** beschlossen hat, nicht gerecht.

Aber: Mehr denn je müssen wir die **Bürgerinnen und Bürgern beteiligen** und erklären, dass es sehr gute Gründe gibt, den Innenbereich zur Entlastung der freien Natur im Außenbereich und zur Ausnutzung vorhandener Infrastrukturen zu verdichten. Hierfür braucht es aber Augenmaß. Ich habe den Eindruck, dass dies auch im Blockbereich „Nettelbeckstraße“ oder an vielen anderen Stellen der Stadt gelungen ist. Der Ruf unmittelbar Betroffener ist meistens lauter als der der Mehrheit.

Wer im Innenbereich verdichtet, muss auf der anderen Seite eine **lebenswerte Grünversorgung** sicherstellen und vor allem unsere **Park- und Freizeitanlagen, grüne Achsen, Ringe und Speichen** untereinander, miteinander und **mit der freien Landschaft vernetzen**. Hierbei spielen die örtlichen und überörtlichen Freizeitwege – auch verkehrlich – eine große Rolle.

Als Stadtentwickler habe ich den Ansatz des **Gutachtens zum Sportentwicklungsplan** mit großer Freude zur Kenntnis genommen: „Die Stadt zum Sportplatz machen“. Wenn wir diesen Ansatz konsequent weiterdenken, bekommen wir eine ganz neue Beweglichkeit und Struktur in die Stadt. Die damit verbundenen Aufgaben – Anlagen- und Wegeunterhaltung – lassen sich unter den derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen nicht in vollem Umfange umsetzen. Aber es geht immer etwas: Die neuen, ganz hervorragenden Parkanlagen, Schloss- und Schleusenpark, komplettieren zum Beispiel die grüne Achse vom Prüner Schlag über Schützenpark, Exer, Dammstraße, Hiroshimapark, Ratsdienergarten, Kiellinie und Anscharpark bis zum Nordostseekanal. Und: Unser neuer **Radschnellweg** verbindet tangential die Uni mit den südlichen Stadtteilen. Zukünftig müssen wir sicherstellen, dass alle Kieelerinnen und Kieler, einen fußläufigen Einstieg in ein **grünes Verbundnetz** erhalten, von dort aus alle Ziele erreichen und sich sicher und schnell als Fußgänger, Radfahrer oder sportlich fortbewegen können.

8. Innenstadtentwicklung

Mit dem **Einzelhandelskonzept** haben wir die Innenstadt wieder in den Mittelpunkt des Handels gerückt. Das **integrierte Stadtentwicklungskonzept** und der **Rahmenplan „Perspektiven für die Kieler Innenstadt“** haben daneben das Wohnen in der City zum Thema gemacht. Mit großem Erfolg. Denn dank kluger und vorausschauender Planung sowie intensiver Projektbegleitungen meiner Planungsverwaltung sind private Investitionsvorhaben mit einem Volumen von 400 Mio. Euro und



mehr in der Innenstadt ausgelöst worden bzw. können ausgelöst werden. Ich nenne Ihnen gerne die Details:

70 Mio. €	für den Neubau des Warenhauses Nordlicht
70 Mio. €	für 160 Wohnungen im Schlossquartier
40 Mio. €	für 68 Eigentumswohnungen, 50 Studentenwohnungen, sechs Stadthäuser sowie eine Gewerbeeinheit auf der Fläche Alte Feuerwache
25 Mio. €	für die Auffrischung des Sophienhofs
22 Mio. €	für 26 Eigentumswohnungen und 41 seniorengerechte Mietwohnungen im Bäcker gang / Walkerdamm
12 Mio. €	für die Sanierung des LEIK-Gebäudes als Büro- und Geschäftshaus
10 Mio. €	für die Nutzungsänderung des Woolworth Gebäudes
15 Mio. €	für die Lückenfüllung Hopfenstraße/Lerchenstraße (Wohnungen)
60 Mio. €	bei Projektierung des C&A Block / Markthallengewiets
10 Mio. €	für 45 Wohnungen in der Haßstraße
60 Mio. €	bei Projektierung Treppenviertel rund um die KN-Brache (Wohnen)
11 Mio. €	Kleiner Kiel Kanal
12 Mio. €	Parkhaus ZOB
15 Mio. €	Bebauung ZOB mit Hotel- und Bürogebäude

Ein besseres kommunales Konjunkturprogramm und ein besseres kommunales Wohnbauprogramm auf Grundlage kommunaler Rahmengenbung kann ich mir nicht vorstellen! Die Belebung der Innenstadt durch Wohnen und Handel in der Innenstadt ist mein zentrales Anliegen der vergangenen Jahre gewesen und wird dank der Beschlüsse der aktuellen Kooperation Realität. Es wird uns sicher auch gelingen, den ehemaligen Standort der **Muthesius-Kunsthochschule am Lorentzendam** mit sozial gefördertem Wohnraum zu entwickeln. Die City ist für alle da, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Es ist klar, dass die private Investitionsneigung steigt, wenn auch die Stadt Planungsvorgaben setzt und selbst infrastrukturelle Beiträge leistet. Mit dem diesjährigen wegweisenden Beschluss zum Städtebaufördergebiet „Kiel Innenstadt“ versetzen wir uns in die Lage in den kommenden Jahre 15 Mio. Euro in die zwingend notwendige Attraktivierung des öffentlichen Raumes zu investieren. Der städtische Eigenanteil ist mit einem Drittel verhältnismäßig gering. Dabei ist erwiesen, dass der Einsatz eines Euros an Städtebaufördermitteln acht weitere Euros an privaten Folgeinvestitionen nach sich zieht. Grund genug Projekte wie den **Kleinen Kiel Kanal** finanziell im Haushalt abzusichern. Die Einzelhändler haben sich lange genug geduldet – die Stadt muss nun als verlässlicher Partner der lokalen Wirtschaft handeln. Selbst die Industrie- und Handelskammer zu Kiel ist von ihrer ablehnenden Haltung zum Kleinen Kiel Kanal abgerückt. Aller absurden Namensgebungen der Gegner zum Trotz. Dann und wann muss ich über diese Art der politischen Auseinandersetzung den Kopf schütteln und dabei denken: „Wenn sie mehr nicht haben“?

9. Wohnen



Kiel wächst, dank Hinzuziehender. Ich begrüße insbesondere jede Studentin und jeden Studenten, gerne auch mit Begrüßungsgeld. Wir haben eine mittelfristige Flächen-, aber **keine Wohnungsnot** wie in den Metropolen Deutschlands. Gleichwohl besteht Handlungsbedarf, vor allem bei der Wohnraumversorgung unserer Studenten und Studentinnen.

Wir haben in 2012 und 2013 in Kiel rund 1100 Wohnungen genehmigt. Allein in der Innenstadt werden in den nächsten Jahren 650 und mehr Wohnungen entstehen.

Jeder neue Einwohner verheißt zusätzliche Steuereinnahmen. Der fiskalische Mehrwert ist bewiesen. Dieser erhöht sich um 200 Euro pro zusätzlichem Haushalt im Jahr, vor allem, wenn wir ökologisch sinnvolle **Innenentwicklung** betreiben. Wenn dieses Ansinnen auch noch mit gewollt sozialpolitischen Zielvorstellungen bei der städtischen Grundstücksvergabe kombiniert wird, gelingt uns eine vorbildliche integrierte Stadtentwicklung – die Schaffung von preiswertem Wohnraum. Allein das 1. Paket an Wohnungsbaugrundstücken verheißt Erlöse in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Das ist kein Ausverkauf des Tafelsilbers, sondern sozial verantwortungsvolle Baupolitik. Das 2. Paket ist bereits in Vorbereitung. Dann sind wir 250 Wohnungen weiter.

Ich bin aber auch in diesem Zusammenhang sehr dafür, regional zu denken. Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel mit Arbeitsplatz in Kiel und Wohnsitz in Schönberg sind jedenfalls heute noch keine Ausnahme. Wer den eindeutig erkennbaren Trend in die Großstadt Kiel im Umland aber stoppen will, muss über gute Infrastruktureinrichtungen und vor allem über gute Verkehrsverbindungen verfügen. Wer dabei auf die überlasteten Kieler Zufahrtsstraßen, auf **Stau, Lärm und Abgase** setzt, liegt meines Erachtens falsch. Daher ist es wichtig, neue Verkehrsträger und **intelligente Mobilitätslösungen** zu etablieren. Der Nachwuchs setzt ohnehin auf gebrochene Verkehre ohne eigenes Auto. Diesen Zusammenhang müssen wir als Anwälte unserer Bürgerinnen und Bürger mit Wohnungen am Ostring, an der B76 oder all den anderen Einfallsstraßen vermitteln, die sich täglich allein bis zu 30.000 automobilen Einpendlern entgegensehen. Darunter leidet im Übrigen auch der **Wirtschaftsverkehr**.

Bereits Anfang des Jahres werde ich Ihnen den Entwurf einer Kooperationsvereinbarung mit der Gemeinde Schönberg vorlegen, die genau eine solche Entwicklung entlang der Bahntrasse Hein Schönberg zum Gegenstand hat. Wie gesagt: Die Kooperation der kleinen Schritte trägt Früchte.

10. Gaarden

Lassen Sie mich auch einen Blick auf Gaarden werfen. Dieses Thema hat alle Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister des vergangenen Jahrzehnts umgetrieben. Zu Recht!

„Zwei Teile, eine City“ – ich hoffe, mich mit diesem räumlichen Leitbild für die Entwicklung Gaardens irgendwann einmal durchsetzen zu können. Wichtig scheint mir aber, die vielzähligen Aktivitäten des doch sehr beeindruckenden Netzwerks in Gaarden zu bündeln und eine gemeinsame städtische Zielvorstellung zu entwickeln.



Es muss uns schnell gelingen, die Zäsur zwischen Ost und West stadträumlich zu überwinden und den Sprung über die Förde zu vollenden. Ein Baustein war die Musikschule in der Seibelschen Margarinefabrik und wird die bevorstehende Realisierung des **Sport- und Freizeitbades** in der südlichen Hörn. Gern hätte ich die Barriere im Bereich der **KVG** anlässlich der Grundsanierung der Liegenschaft konsequent aufgelöst. Dafür tut sich aktuell etwas im **Hassspeicher** und auf der **Hörn** selbst. Dazu mehr im nächsten Jahr. Die Initiative der zurückgetretenen Oberbürgermeisterin zur notwendigen Vollendung der Hörnbrücke habe ich aufgegriffen. Ich bin dafür, dass die Stadt notfalls die bauplanungsrechtlichen Festsetzung im Bebauungsplan zum Recht verhelfen wird; notfalls gerichtlich. Ich werde mich auch nicht scheuen, den Druck jetzt deutlich zu erhöhen.

Unabhängig davon werde ich die Stadtplanung beauftragen, bei möglicher Konversion des **Marinearsenals** ein **Stadtteilentwicklungskonzept** für das **Kieler Ostufer** zu initiieren, um eine stadträumlich unterlegte Entwicklung der dortigen Stärken zusammenzuführen.

11. Kultur

Gewähren Sie mir einen kurzen Blick auf die Kieler Kultur:

Viel besser, vielschichtiger, kreativer geht es - klein wie groß - nicht. Applaus! 4.500 Menschen haben sich zum Auftakt der diesjährigen Kieler Sommeroper die Premiere des Troubadour angesehen. Erstmals in der Geschichte der deutschen Oper wurde eine Premiere an zwei Stellen live übertragen und eine ähnliche Größenordnung an Premierengästen haben bislang überhaupt nur je einmal die Staatsopern in München und Berlin erreicht. Im diesbezüglichen Städteranking belegt die Landeshauptstadt Kiel bundesweit einen Spitzenplatz. An 8 Tagen Open-Air kamen insgesamt über 15 Tausend Besucher. Im kommenden Jahr werden wir über 20 Open-Air-Vorstellungen des Kieler Theaters am Seefischmarkt erleben können – ein sehr schönes Signal für die weitere Entwicklung des Ostufers insgesamt.

Wirtschaftlich hat das Theater alle Steigerungen bei den Sachkosten und 25 % der Personalkostensteigerungen durch Mehreinnahmen aufgefangen. Der Kostendeckungsgrad konnte von 13,3 % auf 15,6 % gesteigert werden. Unter dem Strich sind die Gesamtausgaben im Kulturbereich geringer gestiegen als die Tarifsteigerungen.

12. Soziales, Neuordnung des Sozialdezernats

Ich habe Ihnen für die heutige Sitzung eine Neuordnung des Sozialdezernats vorgeschlagen. Entgegen anderslautender Äußerungen wird dies nicht zu einer Aufblähung des Stellenplans führen, da nach wie vor eine unbesetzte Dezernentenstelle vorhanden ist. Der notwendige Unterbau soll durch entsprechende Umstrukturierung vorhandener Planstellen geschaffen werden. Am 21. April 2014 endet die Wahlzeit von Stadtrat Adolf-Martin Möller als Dezernent für Soziales, Jugend, Gesundheit, Wohnen, Schule und Sport. Eine nahtlose Wiederbesetzung seiner Stelle macht eine Ausschreibung erforderlich, die jetzt auf den Weg zu bringen ist.



Aus dem politischen Raum ist in diesem Zusammenhang das Anliegen an mich herangetragen worden, eine Neuordnung der Zuständigkeiten zu prüfen und gegebenenfalls auf den Weg zu bringen. Dem Anliegen der Politik habe ich mich nicht verschlossen. Bei der Beurteilung war für mich wichtig, dass unter anderem die großen Fragen der **wachsenden Stadt**, des **demographischen Wandels**, der **Fachkräftesicherung** ebenso im Mittelpunkt der Betrachtung stehen wie die Herausforderungen an **eine gelingende Bildung**, die Aufgabe der Umsetzung von **Inklusion** und die **Neuausrichtung der Sozialpolitik in Richtung „sorgende Gemeinschaften“**. Mit jedem Thema sind erhebliche Erwartungen an die Verwaltung und Selbstverwaltung verbunden, die in den nächsten Jahren aufgegriffen und berücksichtigt werden müssen.

Bildung ist die wichtigste Zukunftsinvestition für unsere Kinder, für unsere Jugendlichen und damit auch für unsere Stadt. Möglichst alle Schülerinnen und Schüler müssen zu einem Schulabschluss gebracht werden. Deshalb ist die flankierende Förderung der pädagogischen Arbeit durch intensivere und verlässlichere Betreuung in der Schule die Schwerpunktsetzung des kommunalen Schulträgers. Vorauslaufend müssen unsere Bemühungen, den erweiterten Rechtsanspruch auf den Besuch einer Kindertageseinrichtung sicherzustellen, trotz angespannter Haushaltslage unvermindert weiter gehen. Eine auf Kennzahlen gestützte bundesweite Vergleichsarbeit in der Jugendhilfe belegt, dass Kiel inzwischen zu jenen Städten im Bundesgebiet zählt, die durch eine gezielte Vorfeldarbeit Heimerziehung und damit die belastende Trennung der Kinder von ihren Eltern oft entbehrlich machen kann. Hier geht aber bestimmt noch mehr.

Die Landeshauptstadt weiß sich vor dem Hintergrund ihrer strategischen Ausrichtung einer sozialen, kinderfreundlichen und kreativen Stadt verpflichtet. Vor einem Monat hat die Ratsversammlung die strategischen Ziele erweitert und den Inklusionsgedanken als verbindlich und handlungsleitend mit aufgenommen.

Aufgrund dieser vielfältigen Themen habe ich mich davon überzeugen lassen, dass es lohnenswert ist, die Aufgaben des Dezernates auf zwei Schultern zu verteilen, um die Führungsspanne und die Aufgabenvielfalt in der Stadtspitze – wie in Kreisen der Selbstverwaltung gewünscht – zu verkleinern. Meiner Vorstellung nach sollte es daher sowohl eine Stelle für das Sachgebiet „Soziales, Wohnen, Gesundheit und Sport“ als auch für ein neu zu schaffendes Dezernat V „Bildung, Jugend und Kreative Stadt“ geben. Ich hoffe, dass Sie mir folgen werden.

13. Finanzplan

Ich will den Ausführungen des Kämmerers zum Haushalt 2014 nicht vorgreifen; erlaube mir aber einige allgemeine Ausführungen zu den Vorwürfen von Teilen der Ratsversammlung, die Verwaltung lege wegen Überzeichnung des Finanzplans oberhalb des kommunalaufsichtlichen Finanzrahmens von 30 Mio. Euro keinen genehmigungsfähigen Haushalt vor. Wie hoch wird das genehmigte Kreditvolumen sein 2014 wohl sein? Ich frage mich: 30 Mio. Euro? 25 Mio. Euro? 35 Mio. Euro? Ist es aber überhaupt unsere Aufgabe, darüber zu streiten, was die Kommunalaufsicht tun wird? Aufgabe von Kommunalpolitik ist es, so jedenfalls mein Verständnis, kommunale Interessen zu vertreten.



Kiel hat – wie bereits in meiner Rede angedeutet – Investitionsbedarfe, die höher sind als das, was uns die Kommunalaufsicht als Kreditvolumen in den vergangenen zwei Jahren tatsächlich genehmigt hat. Und hierbei geht es beileibe nicht nur um neue Projekte. Die an Schärfe zugenommene Diskussion über kaputte Infrastrukturen der Städte ist vielstimmig. Sie nimmt an Schärfe gerade in den Kommunen zu, weil hier die Menschen leben und täglich ein funktionierendes Gemeinwesen erwarten. An dieser Stelle möchte ich aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD in Berlin zitieren:

*„...Zum Kernbestand kommunaler Selbstverwaltung gehört eine stabile Finanzausstattung. Dies setzt voraus, dass die kommunalen Aufgaben **zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger ausreichend** finanziert sind...“^[1]*

Genau darum geht es: Um die Kielerinnen und Kieler!

Und zu Recht erwarten die Kielerinnen und Kieler schlaglochfreie Straßen, umweltgerechte Abwasserkanäle, gute Gebäudezustände, gepflegte Park- und Sportanlagen, stabile Brücken, unsinkbare Förde-Dampfer oder eine Busflotte aus diesem Jahrhundert.

Diese Erwartungen kann die Stadt trotz aller redlichen **Sparbemühungen** zurzeit nicht gleichzeitig erfüllen. Kiel hat, wie viele andere Städte, mehrere Strukturprobleme. Zu groß ist vor allem der Werteverzehr der vergangenen Jahrzehnte, der nicht nur in Kiel, sondern erkennbar im ganzen Land dadurch verursacht wurde, dass die Kommunen bildlich am Ende der Fresskette stehen und zudem mit Aufgaben unter Missachtung des **Konnexitätsprinzips** von Bund und Land überfrachtet wurden. Zu lange hat das schlichte: „Wer bestellt, muss zahlen“, nicht gegolten. Die notwendige **Finanzausstattung Kiels** stimmt bis heute nicht.

Daneben leidet Kiel an einem chronischen **Gewerbesteuermangel**. Auch die Lage auf dem **Kieler Arbeitsmarkt** hat sich leider nicht so verbessert, wie in anderen Städten im Süden der Republik. Das führt dazu, dass die Zahl der Personen, die in Kiel auf Leistungen der Grundsicherung nach dem SGB II („Hartz IV“) und dem SGB XII angewiesen sind, bedauerlicherweise geblieben ist. Das Jobcenter und verschiedene Stellen innerhalb der Sozialverwaltung müssen nach wie vor für etwa 16 Prozent der Bevölkerung Existenzsicherungsleistungen gewähren.

Die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und SPD im Bund drückt das allgemein so aus – ich zitiere:

„Die Kommunen sind ein zentraler Bestandteil unseres Gemeinwesens. Sie nehmen wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge und der lokalen Infrastruktur wahr. Um die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung zu sichern, müssen die Kommunen handlungsfähig sein. Voraussetzung dafür sind auch gesunde Finanzen. Die kommunale Ebene erzielt seit dem Jahr 2012 Fi-

^[1] s. S. 93



finanzierungsüberschüsse. Trotz des positiven Gesamteindrucks herrscht eine große Heterogenität bei der Finanzsituation der Kommunen“.

Wohl wahr. Die Heterogenität macht sich regional fest, aber nicht nur in Nord-Süd-Kategorien gedacht. Vergleichen Sie einmal die Innenstädte von Dresden, Leipzig, Schwerin Wismar oder Stralsund mit Lübeck oder Kiel. Oder das Ostseebad Boltenhagen und die Ostseebäder auf Usedom mit Laboe, Heikendorf oder Strande. Mittlerweile benötigen strukturschwache Gegenden in den alten Bundesländer zunehmend Solidarität in Euro und Cent; eine **Neuausrichtung des Solidarpakts** ist aus meiner Sicht von Nöten.

Auf die Frage unseres Ministerpräsidenten im Landesplanungsrat in der vergangenen Woche, wie ich mir Schleswig-Holstein in 2030 vorstelle, habe ich geantwortet: „Ein Land mit starken Gemeinden und einer starken Landeshauptstadt“. Im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands sind wir hiervon weit entfernt. Aber wie weiter? Wenn ich es richtig sehe, gibt es im Koalitionsvertrag einige mehr oder weniger konkret hinterlegte Entlastungsvorstellungen, aber vor allem leider nur die Ankündigung einer Strukturkommission mit Ergebnissen bis 2019. Anstatt ausschließlich wegen Einzelprojekten übereinander herzufallen, sollten wir alle gemeinsam und nachdrücklich die Erwartung konkreter und spürbarer Entlastungen formulieren und dies in naher Zukunft und nicht irgendwann!

Wie soll der Spagat zwischen Überschuldung der öffentlichen Haushalte und fehlende Investitionen in die Zukunft finanzpolitisch gelöst werden, meine sehr verehrten Damen und Herren? Natürlich ist die Senkung der öffentlichen Verschuldung ein Ziel, aber sicher nicht das einzige Kriterium für die Zukunftsfähigkeit der kommunalen Wirtschaftsführung. Wer nur auf den Schuldenstand und die jährlichen Defizite schaut, übersieht die Zukunftslasten, die entstehen, wenn die öffentliche Infrastruktur zerfällt, weil Erhaltungsinvestitionen nicht getätigt werden. Ebenso ist zu fragen, wie wir die notwendigen Spielräume für Zukunftsinvestitionen Kiels eröffnen?

Hier sehe ich das Land in der Pflicht. Ich bin dankbar, dass sich die Landesregierung in Sachen Finanzen großstadtfreundlicher aufstellen möchte und die im urbanen Raum anfallenden Sonderbedarfe anzuerkennen gedenkt. Dem Innenminister dafür ein Lob und die besten Wünsche für eine insgesamt erfolgreiche Umsetzung mit konkreten Verbesserungen dann auch für die Landeshauptstadt Kiel. Ich hoffe, den Versprechungen folgen entsprechende Taten.

Auch die Konsolidierungsvereinbarung mit dem Land zeigt den richtigen Weg. Fairerweise will ich an dieser Stelle auch nicht verschweigen, dass das Land beim „Sport- und Freizeitbad“ sowie beim Bau eines neuen Kraftwerks bereit ist, diese jenseits des Kreditbedarfes zu bewerten. Dies ist zu begrüßen!

Kritikwürdig ist aber die eher willkürliche Kreditbremse der Kommunalaufsicht. Zu widersprüchlich erscheint mir die Argumentation des Landes: So betont die Landesregierung spätestens nach den Schwierigkeiten an der „Rader Hochbrücke“ die Notwendigkeit, stärker in den Substanzerhalt investieren zu wollen, scheint aber im Rahmen der Kreditgenehmigung genau diese Absicht bezogen auf die Kieler Stadt-



entwässerung zu übersehen. Es definiert doch nicht das genehmigte Kreditvolumen den Bedarf!

Generell halte ich jedenfalls eine noch differenziertere Betrachtung der Investitionsbedarfe für richtig! Um am Beispiel zu bleiben, die Sanierung von Abwasserkanälen ist Daseinsvorsorge und aktiver Umweltschutz, der Abbau des Sanierungsstaus in Millionenhöhe ist unabweisbar. Wenn das Land beim Kreditrahmen anerkennen würde, dass die Refinanzierung der Kreditkosten unmittelbar über die Gebühren erfolgt und nicht dauerhafte Verschuldung nach sich zieht, hätten wir deutlich mehr Spielräume. Dann lägen wir sogar unterhalb der von Teilen der Ratsversammlung offenbar als richtig erachtete kommunalaufsichtliche Grenze der kreditfinanzierten Investitionssumme.

Unverständnis erzeugt bei mir auch der Rat der Kommunalaufsicht, unter Verzicht städtischer Investitionen in das ZOB-Parkhaus kurzfristig Grund und Boden zu veräußern, um mittelfristig auf lukrative Einnahmen aus dem Parkgeschäft zu verzichten. Das ist gar nicht klug!

Meine Parole für den kommenden Januar lautet: „Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt“. Der Kämmerer wird hierzu gleich die notwendigen Ausführungen machen.

Lassen Sie mich aber schließen mit einem herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die es bislang nicht an Geduld mit mir haben missen lassen.

Gesegnete Weihnacht und ein erfolgreiches 2014!

Ich danke für die Aufmerksamkeit!